

Initiativantrag

**der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten
betreffend
eine Offensive zum Ausbau der mobilen Dienste in OÖ**

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Durchführung einer Offensive für den Ausbau der mobilen Pflege-, Betreuungs- und Angehörigenentlastungsdienste in Oberösterreich entsprechend dem Grundsatz "mobil vor stationär" einzusetzen.

Begründung

In Oberösterreich leben mehr als 80.000 pflegebedürftige Personen. Etwa 80% davon werden in ihren eigenen vier Wänden von Angehörigen mit oder ohne professionelle mobile Unterstützung betreut. Für die öffentlichen Haushalte handelt es sich dabei verglichen mit der Unterbringung in einem Alten- und Pflegeheim um die deutlich günstigere Variante. Der Großteil der Pflegebedürftigen bevorzugt zudem die Betreuung in vertrauter Umgebung bei gleichzeitigem Erhalt der Selbstbestimmung.

Diesen Tatsachen steht entgegen, dass trotz des steigenden Bedarfs auf Grund der demographischen Entwicklung im Budget 2015 weniger Mittel für mobile Dienste vorgesehen sind. Im Bundesländervergleich stellt Oberösterreich deutlich weniger Leistungsstunden bei den mobilen Diensten zur Verfügung. Während im Jahr 2013 laut Statistik Austria durchschnittlich 31,5 Prozent der österreichischen Pflegegeldbezieher mobil betreut wurden, waren es in Oberösterreich lediglich 27,8 Prozent.

Im Interesse der Pflegebedürftigen und ihren Familien soll daher gemäß dem Prinzip „mobil vor stationär“ eine Offensive zum Ausbau der mobilen Pflege-, Betreuungs- und Angehörigenentlastungsdienste gesetzt werden. Diese Maßnahme stellt gleichzeitig eine Steuerung im Bereich der Altenpflege dar, die dazu beitragen soll, die Finanzierung des Systems langfristig zu sichern.

Linz, am 9. März 2015

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Cramer, Steinkellner, Mahr, Nerat, Povysil, Klinger, Wall, Lackner, Schießl